

Steuerbefragung in Genf

Eine gemeinsame Initiative der nationalen Verbände Frankreichs, Italiens, der Schweiz und Deutschlands

Im Jahre 2006 hatten sich die vier nationalen Verbände der Bediensteten bei Internationalen Organisationen von Frankreich, Italien, der Schweiz und Deutschland in Genf zusammengesetzt, um eine gemeinsame „Steuerbefragung“ durchzuführen. Fragen der Fiskalität stossen bei den Mitgliedern unserer Verbände naturgemäß auf besonderes Interesse.

Deshalb wurde ein gemeinsamer Fragebogen ausgearbeitet und an die Mitglieder der vier Schwesterverbände in Genf (in Englisch oder Französisch) versandt. Die Schwerpunkte der Umfrage waren eine Bestandsaufnahme aller unseren Mitgliedern bekannten Steuerpraktiken; die Sammlung von noch zu lösenden Fiskalproblemen und eine Auflistung von potentiellen Aufgaben für die Verbände in diesem Bereich.

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Umfrage sowie einen Teil der Statistiken, die aufgrund der Antworten von 233 Respondenten erstellt wurden, finden Sie auf der Webseite des VDBIO. Wir möchten hiermit nochmals allen Mitgliedern die an der Umfrage teigegenommen haben für die der Befragung geopfert Zeit und weitergehende Anregungen danken.

Wie schon im Fragebogen erwähnt, gedenkt die Arbeitsgruppe die uns angetragenen Fiskalitätsproblemen im Auge zu behalten und Sie über gemeinsame oder individuelle Aktionen der Verbände bei Organisationen oder Behörden auf dem Laufenden zu halten.

Ergebnisse der Befragung

Mit der Auswertung der Ergebnisse der Steuerbefragung stellt sich zunächst die Frage, ob eine allgemeine Tendenz erkennbar ist, die sowohl die Lage als auch die Wünsche der Bediensteten bei Internationalen Organisationen widerspiegelt; sei es während ihrer Dienstzeit oder im Ruhestand.

Diese Frage ist eindeutig mit “Ja” zu beantworten, wobei sich wie bei jeder Erhebung die Frage stellt, inwieweit diese als repräsentativ betrachtet werden kann – zudem wird es immer ein gewisses Mass an Subjektivität bei der Interpretation geben.

Ein erster klarer Unterschied bei der Wahrnehmung von Steuerproblemen besteht zwischen Aktiven und Rentners. Im allgemeinen fühlen sich die Aktiven nicht vom Fiskus diskriminiert (Frage 1), auch bestehen kaum Steuerprobleme die nicht zur Zufriedenheit gelöst werden konnten (Frage 4). Eine grosse Mehrheit beklagt sich jedoch über die schlechte Information von Seiten der Steuerbehörden (Frage 3), z.B. bezüglich der ‚Einkünfte aus dem Ausland‘ und bei neuen Steuern.

Die Steuerbehörden sollten deshalb für die im Beruf stehenden Bedienstete mehr Transparenz zeigen und mehr Information bezüglich der Besteuerungsgrundlagen und der Steuerpraxis zur Verfügung stellen.

Für Pensionäre sieht die Sache ganz anders aus. Ihnen fehlen oft nicht nur die nötigen Informationen durch die Steuerbehörden (Frage 5), auch von Seiten ihrer Organisationen erfahren sie wenig in dieser Hinsicht (Frage 14). Pensionäre haben auch Schwierigkeiten mit ihrem Status als Internationale Bedienstete im Ruhestand in bezug auf Steuertransparenz, Steuernormalität und Steuergleichheit.

Einerseits scheint die Besteuerung in den Ländern, in denen sich unsere Pensionäre niederlassen möchten, nicht klar geregelt zu sein (Fragen 8 und 9), andererseits befürchten sie, dass ihre Pension in Zukunft stärker besteuert werden könnte (Frage 12).

Darüberhinaus kennt die Mehrzahl der befragten Pensionäre kein Land, das eine ‚positive‘ Besteuerungspolitik für ehemalige Internationale Bedienstete betreibt.

Die Schilderung von Steuerproblemen in der Umfrage zeigt, dass eine Anzahl von Pensionären die Orientierung zu verlieren scheint und Verwirrung herrscht. Dabei spielt die Frage der Besteuerung am zukünftigen Wohnsitz eine entscheidende Rolle für die Wahl desselben (Frage 13). Die Befragten wünschen eine Änderung der geltenden Steuerpraxis für ihre Pensionen, die sie als unbefriedigend ansehen. Leider zeichnet sich hier keine klare Lösung ab. Hier könnte eine generelle Steuerbefreiung der Pensionen (Frage 6) oder deren einheitliche Effektivbesteuerung (Frage 7) angestrebt werden.

Alle Befragten wünschen jedenfalls, dass ihre Organisationen eine aktive Rolle beim Aushandeln von Steuerfragen/Steuerbefreiungen spielen.

Die Umfrage macht deutlich, dass man die Steuersituation der aktiven Bediensteten durch gezielte Massnahmen verbessern könnte, während sich die Rentner in einer besonders misslichen Lage befinden, die massive Verbesserungen erfordert.